Ressort: Gesundheit

Regierungs-Gutachten bestätigt Zweifel an Nutzen von Kieferorthopädie

Berlin, 03.01.2019, 00:00 Uhr

GDN - Nach dem Bundesrechnungshof äußert nun auch ein vom Gesundheitsministerium in Auftrag gegebenes Gutachten Zweifel am Sinn kieferorthopädischer Behandlungen. Derzeit gebe es "keine ausreichende Evidenz für den patientenrelevanten Nutzen kieferorthopädischer Leistungen", heißt es in einem Schreiben des Gesundheitsministeriums an den Bundestag, über das die "Bild-Zeitung" (Donnerstagsausgabe) berichtet.

In Deutschland erhäle rund jeder zweite Jugendliche eine kieferorthopädische Behandlung. Die Kosten für alle Versicherten beliefen sich auf mehr als 1,1 Milliarden Euro pro Jahr, berichtet die Zeitung weiter. Schon im vergangenen April hatte der Bundesrechnungshof deshalb auf das Problem aufmerksam gemacht. Hauptvorwurf: Es gebe keine einzige medizinische Studie, die den Nutzen dieser Behandlungen wirklich beweise. Daraufhin beauftragte Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) das Berliner Forschungs-Institut IGES mit einem Gutachten, das Spahn bisher aber geheim hielt. Nun lägen dessen Ergebnisse vor, denen zufolge das Regierungs-Gutachten alle Zweifel am Sinn der Kieferorthopädie bestätige, berichtet die "Bild-Zeitung" unter Berufung auf das Gutachten. Die vom Ministerium beauftragten Forscher stellten sogar infrage, "ob die Ausgaben in der kieferorthopädischen Versorgung den Kriterien der Wirtschaftlichkeit genügen". Bis heute könne keine einzige Studie beweisen, "ob und welche langfristigen Auswirkungen die kieferorthopädischen Therapien auf die Mundgesundheit" hätten, berichtet die Zeitung weiter. Die Bundesregierung sieht deshalb nun die Krankenkassen am Zug. Der Spitzenverband GKV müsse den Nutzen der Behandlungen bewerten. So etwas sei "keine staatliche Aufgabe", schreibt das Gesundheitsministerium. In einigen Wochen aber wolle das Ministerium ein "Expertengespräch" zum Nutzen kieferorthopädischer Behandlungen durchführen, berichtet die Zeitung.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-117832/regierungs-gutachten-bestaetigt-zweifel-an-nutzen-von-kieferorthopaedie.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619